

#SÜD #BUS 25. Juni 2016

Busfahrer demonstrieren für faire Bezahlung

Am Samstag sind in Würzburg rund 350 Busfahrer auf die Straße gegangen, um für faire Bezahlung zu protestieren. Aufgerufen zu der Demonstration haben die EVG und ver.di. Beide Gewerkschaften fordern die Anwendung der EU Verordnung 1370. Danach müssen bei Ausschreibungsverlusten die betroffenen Busfahrer mit Ihren erworbenen Lohn und Sozialleistungen übernommen werden.



Am Samstag sind in Würzburg rund 350 Busfahrer auf die Straße gegangen, um für faire Bezahlung zu protestieren. Aufgerufen zu der Demonstration haben die EVG und ver.di. Beide Gewerkschaften fordern die Anwendung der EU Verordnung 1370. Danach müssen bei Ausschreibungsverlusten die betroffenen Busfahrer mit Ihren erworbenen Lohn und Sozialleistungen übernommen werden.

Für den Schienenpersonennahverkehr hat der Bundestag diese Regelung bereits beschlossen. Sie muss jetzt auch für die Beschäftigten im Busgewerbe gelten. Wettbewerb, der alleine über die Lohnkosten ausgetragen wird, ist unsozial und führt zu Lohndumping.

Ein Hauptredner auf der Demonstration war EVG-Vorstand Martin Burkert. Er verwies auf die Demonstration vom vergangenen Samstag in München. Dort waren bereits rund 1.000 Busfahrer auf die Straße gegangen. „Genau wie in Oberbayern geht es hier in Franken um Arbeitsplätze und um die Sicherung der Einkommen! Einkommen, um die Familien zu ernähren und den Wohnraum zu bezahlen.“

Als Beispiel nannte er den Verdienst eines Busfahrers bei der OVf. Dieser verdiene bei einer 40 Stundenwoche nicht einmal 2.000 Euro brutto. „Das ist zu wenig für einen Beruf mit dieser hohen Verantwortung. Wir fordern von der Politik, dass die EU-Verordnung 1370 auch im Busbereich umgesetzt werden muss. Diese gilt in Deutschland bis dato nur für die Schiene.“

Diese Demonstrationen sollten daher wachrütteln. Ziel sei es, dass auch unseren Kolleginnen und Kollegen im Busdienst Schutz geboten werde, damit der Ausschreibungswahnsinn nicht mehr nur auf ihren Schultern ausgetragen werde. „Wir wollen erreichen, dass der Druck bei Ausschreibungen nicht nur auf die Beschäftigten verlagert wird und dass Lohndumping nicht Tür und Tor geöffnet wird“, betonte Burkert.



[Alle Bilder anzeigen »](#)